

## Es ist Zeit!

Die Konferenz von Genua ist vertagt. Aber es ist schwerlich verfrüht, schon jetzt die Frage zu stellen, welchen Standpunkt die deutsche Vertretung in den Fragen des europäischen Wiederaufbaus einnehmen wird. Will sie sich darauf beschränken, bescheiden zuzuhören, durch rednerische Virtuosität zu glänzen und die guten Dienste Deutschlands als Unternehmer und Arbeiter anzubieten, wo immer die Re-Industrialisierung des europäischen Ostens betrieben wird? Daß es genüge, „Atmosphäre“ zu schaffen, indem man in den Formeln und in den Sprachen der westeuropäischen Demagogen denkt und redet, wird niemand mehr annehmen. Soll aber jetzt, da die Bestimmungen des Friedensvertrags durch das Abkommen von Boulogne aus den Genueser Beratungen verbannt scheinen, die Sanierung der deutschen Wirtschaft nur noch als ein Nebenprodukt des russischen Wiederaufbaus erhofft werden? Bleibt kein anderer Weg, als das Wirken für die Revision des Vertrages dem langsam wachsenden Druck der Logik der Wirtschaft selber zu überlassen? Oder ist es Zeit, die Haltung des demütig sich Verteidigenden, um Verständnis Nachsuchenden und immer wieder zur Anpassung Bereitenden aufzugeben, die Kardinalprobleme des deutschen Wirtschaftslebens klar und fest in den Mittelpunkt der Erörterung zu stellen und sich nicht zu scheuen, die Kaße eine Kaße zu nennen?

Es ist Zeit. Wenn die Konferenz etwas anderes werden soll als ein neuer Turmbau zu Babel, mit Sprachverwirrung für alle und Provisionschancen für einige, so müssen Konstruktionspläne vorgelegt werden, die den Bedingungen der Politik und der Wirtschaft zugleich entsprechen — einfach genug, um den Hirnen noch der letzten Wähler einzuleuchten, biegsam genug, um die Abhängigkeit der west- und mitteleuropäischen Regierungen von dem Grenzverstand der Massen nicht zu einer Fatalität der Wirtschaftsführung werden zu lassen. Ob die deutsche Regierung solche Pläne vorbereitet, ist der Öffentlichkeit nicht bekannt. Wir glauben aber nach den letzten Dokumenten des Wirth-Rathenauschen Kabinetts Grund zu der Befürchtung zu haben, daß die Währungsfragen in unseren Vorbereitungen nicht zu ihrem Rechte kommen werden. Rathenau hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß für ihn valutarische Probleme nicht existieren. Er ist stolz darauf, ausschließlich in Arbeitsstunden und Rohstoffmengen zu denken. Mag dies ein Fortschritt sein gegenüber den Denkformen der westeuropäischen Hochfinanz, die sich im Bereich der Bankbilanz und des Kurszettels gebildet haben und darin zu verharren lieben, so ist es doch nicht minder gefährlich als diese. Solange nicht die Wirtschaft der Erde planwirtschaftlich von einer zentralen Stelle durch Zuweisung von Arbeitskräften und Rohstoffen aus gelenkt wird, ist ein Versuch, die Währungsprobleme aus den Wirtschaftsproblemen zu eliminieren, zum Scheitern verurteilt. Die Devisenkurse sind gewiß nur Ausdruck eines bestimmten Standes staatlich-wirtschaftlicher Beziehungen. Wer aber diese Beziehungen ordnen will, indem er von den Devisenkursen absieht, begeht den gleichen Fehler wie der, welcher nur in Devisenkursen denkt.

Daß in Genua die Grundlagen einer gemeinwirtschaftlich geordneten Planwirtschaft gelegt werden sollen, ist heute nicht wahrscheinlich. Alle west- und mitteleuropäischen Regierungen stützen sich auf Wählerschichten, die den Wiederaufbau der Weltwirtschaft von der Initiative der nur sich selbst verantwortlichen Unternehmer, ihres freiwillig gebildeten Syndikats und ihres ungehinderten Verkehrs erhoffen. Solange aber diese Grundlagen unserer Wirtschaft unangetastet bleiben, ist Geld-

rechnung im Verkehr der Individualwirtschaften innerhalb und außerhalb der Volkswirtschaften nicht nur ein undurchsichtiger Schleier; sie ist so wenig von den Wirtschaftsvorgängen abzulösen wie das Denken von der Sprache. Wer ihre Normen verlegt, verwundet zugleich den Leib der Wirtschaft.

Dies ist es, was durch die finanziellen Bestimmungen des Vertrages von Versailles und durch den Zahlungsplan von London bewirkt und durch das Wiesbadener Abkommen und den vorläufigen Zahlungsaufschub nur wenig abgeschwächt worden ist. Man redete von den großen Arbeiterheeren und Kapitalbergen Deutschlands, von den kaum begrenzt gedachten Fähigkeiten seiner Technik und den vage geschätzten Lägern seiner Rohstoffe. Aber man übersah, daß Deutschland über alle diese Dinge nicht nach Art eines Frohnhofs verfügen konnte. Man trennte überdies lange Zeit nicht scharf genug zwischen dem Problem der Aufbringung von Devisen und der Aufbringung der Gegenwerte für Devisen einerseits und Sachlieferungen andererseits. Man forderte Erhöhung unserer Steuerlasten bis zur Höhe des ordentlichen Verwaltungs- und Reparationsetats, Erhöhung unserer Produktionskosten, Abbau der Lebensmittelzuschüsse und verlangte zugleich Steigerung unserer Exportfähigkeit auf das Vielfache des Betrages, der mit Hilfe eben jener verhältnismäßig geringeren Belastung der deutschen Produktion erreicht worden war. Man forderte Abbau der Inflation und zugleich sann man uns an, zum Bankier unseres Gläubigers zu werden. Man legte uns Sachlieferungen auf, um die Devisenmärkte nicht noch mehr zu zerrütten, aber man übersah, daß die inflatorische Finanzierung dieser Lieferungen durch die ihr innewohnende Tendenz zur Preissteigerung einen ständigen Druck auf die Valuta ausüben und die deutsche Exportfähigkeit verringern, damit aber wieder die Fähigkeit zu dem Rest der Devisenlieferungen schwächen mußte. Dies sind Zusammenhänge, die durch keine Naturalrechnung, sei sie noch so subtil, darzustellen sind. Daß auch Rathenau in diesen Dingen „ein wenig unkompliziert“ denkt, ist jüngst von einem seiner unbeirrbarsten Anhänger (in der „Vossischen Zeitung“) ausgesprochen worden.

Man kann aber jenen widerstreitenden Aussprüchen nur entgegen, wenn man den Punkt findet aus dem gesehen ihr Widerspruch offenbar wird. Dies geschieht nicht durch Arbeitsstundenrechnungen, deren Problematik in diesen Spalten jüngst von einem unserer ersten Wirtschaftsstatistiker dargelegt ist („W.-D.“ Nr. 9), sondern durch Aufrollung des Valutaproblems: kein europäischer Aufbau, kein Ende der Inflationierung Deutschlands, keine Beruhigung der Exportmärkte, keine Sicherung der Reparationsleistungen ohne die Stabilisierung der Mark. Eine solche Einsicht, zur Forderung umgedacht, hat viele Interessen zu Gegnern. Es scheint uns aber das einzige Mittel, die deutschen Reparationszahlungen nach dem Maß unserer wirtschaftlichen (nicht technischen) Leistungsfähigkeit zu begrenzen, die Klagen über das deutsche Dumping verstummen zu machen, der Flucht vor der Mark zu wehren (die sinnlos wird, wenn die Mark vor weiterem Sinken bewahrt wird) und das deutsche Staatsgebäude vor der langsamen oder rascheren Auflösung zu schützen. Der städtische Mittelstand, der Träger unserer ererbten Kultur, ist zermürbt, die Beamten-schaft proletarisiert, die Grundlage aller gesunden Wirtschaftsführung: die geordnete Rechnung und Planlegung, unmöglich gemacht. Diese Übel sind nicht mit einem Universalrezept zu bannen — aber es wird nie gelingen, sie zu beseitigen, wenn nicht der rechte Ansatz gefunden wird, und auch hier gilt das

Goethesche Wort: „Wer den ersten Knopf verfehlt, kommt mit dem Zuknöpfen nie zu Rande“.

Stehen einem solchen Gedanken, der als Regulativ für alle Bestimmungen über die Ausführung des Friedensvertrages und aller deutschen Wirtschaftspolitik der nächsten Jahre zu dienen hätte, nicht so viel technische und politische Schwierigkeiten gegenüber, daß die Erhebung zu einem der Zentralprobleme der Konferenz von Genua aussichtslos erscheint? Nicht mehr als jedem andern Plan. Dagegen hätte der Gedanke den Vorteil, von allen Exportindustrien des Auslands auf das Lebhafteste unterstützt zu werden. In den Zeitungen ist zu lesen, daß die französische Delegation selber die Forderung einer Stabilisierung der Mark erheben wird. Ist es nicht besser, einen solchen Gedanken zu vertreten als ihn sich aufdrängen zu lassen? Lasse man sich dadurch nicht täuschen, daß im Augenblick die Befestigung der Mark auf einem zu verabredeten Niveau den deutschen Exporteur eines nicht unbeträchtlichen Vorsprungs berauben und also den ausländischen Wettbewerbern zugute kommen muß. Es ist mit Recht

bemerkt worden, daß diese „Exportprämie“ in Wirklichkeit eine „Verwesungsprämie“ darstellt. Sie beruht auf der Verschleuderung deutscher Arbeitskraft und schadet auf die Dauer mehr als sie im Momente nützt. Man täusche sich auch nicht länger darüber, daß an eine sehr beträchtliche Besserung des Kursstandes der Mark auch unter den gelindesten unter den politisch möglichen Reparationsbestimmungen nicht zu denken ist. Erweist es sich, daß die gewählte Parität für ein gekräftigtes Deutschland zu niedrig ist, so wird man sie unschwer erhöhen können. Das Wiederaufbausyndikat oder wer sonst mit der Stabilisierungsaktion beauftragt werden mag, wird sich ohnehin nicht länger als für einen begrenzten Zeitraum dazu verpflichten können. Der Einwand aber, die valutarische Lage sei noch ungeklärt, der noch vor einem Jahr zu Recht erhoben werden konnte, hat jetzt keine Kraft mehr. Das Krankheitsbild der europäisch-amerikanischen Wirtschaft liegt in grausamer Klarheit vor uns. Wenn wir Staatsmänner haben, so werden sie jetzt handeln.

Hamburg, den 4. März 1922.

Dr. Kurt Singer

## Teuerungs-Indexzahlen

Die Lohnbewegungen der Nachkriegszeit haben die Statistik erneut vor die Aufgabe gestellt, eine Meßzahl der Kosten der Lebenshaltung zu errechnen. Schon vor dem Kriege war diese Aufgabe in Deutschland — allerdings nicht amtlicherseits — in Angriff genommen worden, und in England hat bereits seit dem Jahre 1909 ein ganz beträchtlicher Teil der Textilarbeiterschaft Tarife mit gleitenden Lohnskalen abgeschlossen, die sich nach den amtlichen Meßziffern der „Labour Gazette“ bewegten. Viel früher liegen die Anfänge der Lebenshaltungsstatistik überhaupt, also ohne sozialpolitische Anwendung. Sie reichen in England bis in den Ausgang des 17. Jahrhunderts zurück. Interessant ist es, in einer im Jahre 1767 veröffentlichten Schrift *Arthur Youngs* die heutige Problemstellung bereits in ganzer Schärfe erfaßt zu finden. „Was heißt das, billige Lebensmittel? Heißt dies, daß der Arbeiter von den Früchten einer sechstägigen harten oder sechstägigen leichten Arbeit soll leben können? Oder von den Früchten einer 5½-, 5-, 4tägigen zu 9, 10, 11, 12 und 16 Stunden? Und heißt es, er solle imstande sein, sich Hammelfleisch, Ochsenfleisch, starkes Bier und das beste Weizenbrot zu verschaffen, oder nur Hausmacherbrot, Käse und Ale, genug um bei voller Gesundheit und Kraft zu bleiben? . . . . Können die Arbeiter über Preise klagen, wenn sie nicht am Tee sparen? Ist es notwendig, daß sie nur das beste Weizenbrot essen, wo es doch billigeres und gesünderes gibt? . . . . Und so sage ich, daß die jetzigen Zeiten nur verglichen mit den früheren teurer zu nennen sind; aber an und für sich sind sie es nicht. Nennt ihr es so, so gebt ihr eben Weizenbrot, Ochsenfleisch, Hammelfleisch, Zucker und Butter für notwendige Dinge aus, was sie nicht sind.“ *Young* kommt zu dem Ergebnis, daß der Preissteigerung, über die in seiner Zeit von seiten der Arbeiter geklagt wurde, durch Einschränkung des „Luxus“ begegnet werden könne. Bemerkenswert ist, daß hier schon die Problematik des Begriffs „Existenzminimum“ auftaucht, die sich noch bis auf den heutigen Tag nicht vermindert hat.

Die älteren Schriftsteller hatten die Berechnungen auf geschätzte Haushaltsbudgets gestützt. Es bedeutete aber einen wesentlichen Fortschritt, wenn im Jahre 1853 der Belgier *E. Ducpétiaux* dem in Brüssel tagenden ersten statistischen Kongreß eine durch Fragebogen erlangte Erhebung der Lebensbedingungen belgischer Industrie- und Landarbeiter vor-

legte. Die Erhebung erstreckte sich auf eine Woche und sollte auf das Jahr umgerechnet werden. — Zu erwähnen ist ferner der Franzose *Frédéric Le Play*, der bei seinen Erhebungen den Haushalt wie einen Organismus bis ins tiefste zu untersuchen bestrebt war. (Methode der „Familienmonographie“.)

Die nächsten Jahrzehnte waren der Ausbildung der Methoden der Lebenshaltungsstatistik gewidmet. Von deutschen Forschern sind hier hauptsächlich zu nennen *Ernst Engel* und *Wilhelm Gerloff*. Nunmehr begann auch die amtliche Statistik sich auf diesem Gebiete zu betätigen. Auf Grund von Haushaltungsbüchern einer oft in die Tausende gehenden Anzahl von Arbeiterfamilien sind in vielen Ländern Erhebungen über Stand und Kosten der Lebenshaltung gemacht worden; so vor allem in Belgien 1907, in England vom Board of Trade 1905/08 für Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Belgien und die Vereinigten Staaten, in den Vereinigten Staaten von Amerika Anfang des 20. Jahrhunderts, in Deutschland 1907 und in den drei letzten Kriegsjahren.

Die Preisrevolution nach Beendigung des Krieges hat die statistischen Bestrebungen in eine neue Bahn gedrängt. Die früheren Erhebungen wollten gegebene Zustände erfassen; die neuen sollten dazu dienen, durch Aufstellung und Anwendung von Idealtypen der Lebenshaltung bestimmte Zustände durch Anpassung der Lohnhöhe an die Preisbewegung herbeizuführen. Diese Versuche sind äußerst zahlreich. Allein in Deutschland bestehen zurzeit wohl zwanzig verschiedene Arten, die sich, je nachdem sie den zugrunde liegenden Umfang der Lebensbedürfnisse nehmen, in drei Gruppen einteilen lassen: 1. Die Aufstellung eines Mindestbedarfs an Nahrungsmitteln; 2. Die Aufstellung eines Existenzminimums; 3. Die Aufstellung einer konstanten Menge von Lebensbedürfnissen, die prinzipiell nur die Teuerung wiedergeben, nicht aber den tatsächlichen Bedarf berücksichtigen soll.

*Silbergleit*, Direktor des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, berechnet seit dem Jahre 1919 die wöchentlichen Kosten des Ernährungsbedarfs in Berlin für einen Vollarbeiter, für eine kinderlose Familie und für eine Familie mit einem 7—12jährigen Kind. Bei der Aufstellung der Nahrungsmittelmenge geht er von physiologischen Grundlagen aus, nach denen dem Manne 3000 Kalorien, der Frau 2400 und dem Kinde 1500 Kalorien in einem bestimmten Mischungsverhältnis